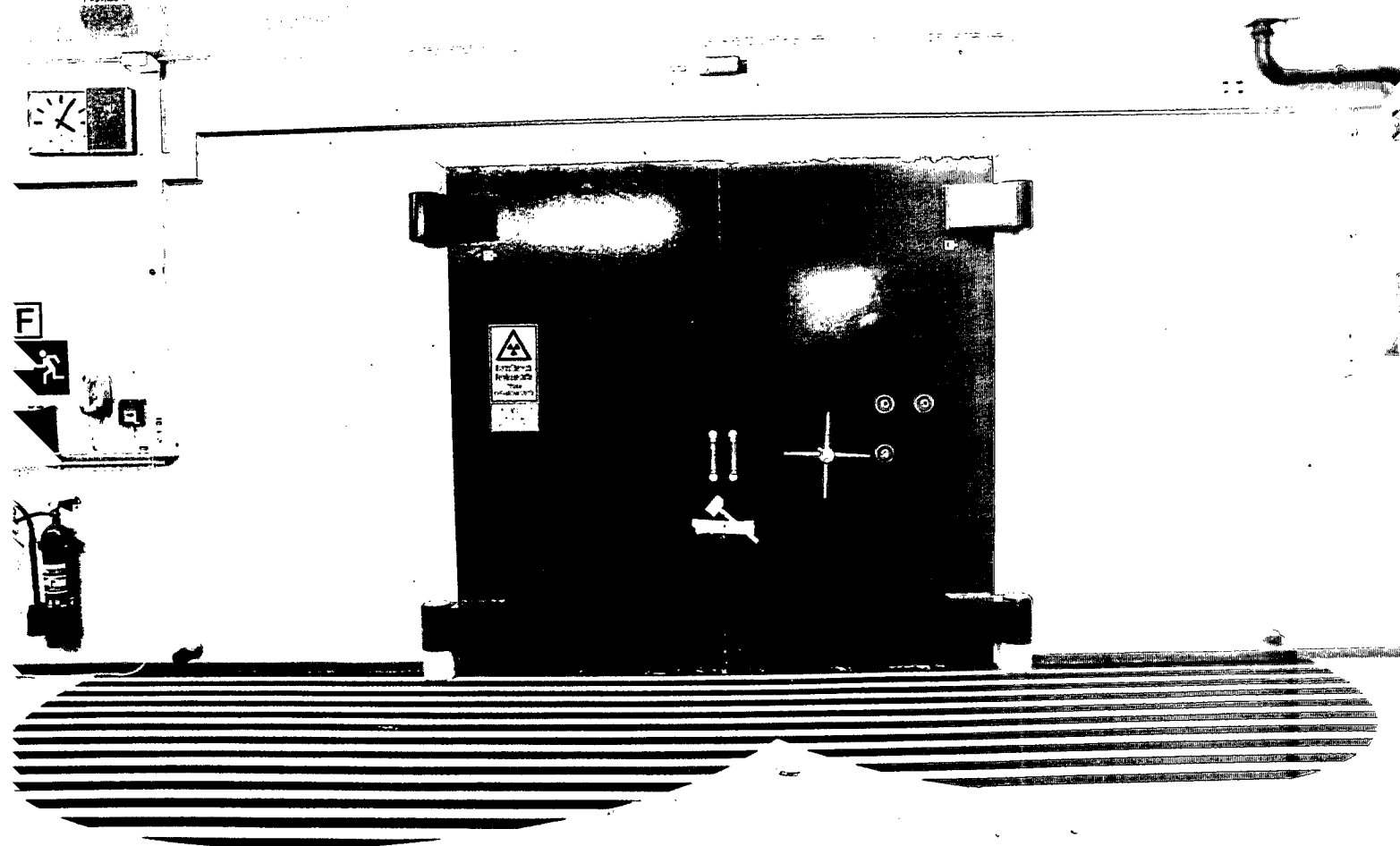




Stahltür zum Plutonium-Bunker bei Alkem: Hinter Betonmauern eine Verquickung von Staat und Atomwirtschaft

„Wann wird der Betrieb endlich eingestellt?“

Wenn jemals ein Flugzeug auf die Hanauer Plutonium-Fabrik Alkem stürzt, sind Tausende von Anwohnern vom Strahlentod bedroht. Fachleute in den zuständigen Ministerien haben dieses Gefahrenpotential seit mehr

als einem Jahrzehnt gekannt und im internen Schriftwechsel auf Stilllegung der Anlage gedrungen. Doch Alkem-Manager und Genehmigungsbehörde fanden Wege, am Atomgesetz vorbei die Fabrik zu betreiben.

Am „Wesen der Deutschen“, an ihren „romantischen Tendenzen“ könnte Professor Wolfgang Stoll beinahe zweifeln. In aller Welt würden sie deshalb „als sonderbar betrachtet, sogar verlacht“.

Ja, auch den Kampf für oder gegen die Kernenergie, meint der gebürtige Österreicher und Geschäftsführer der Hanauer Plutonium-Fabrik Alkem, müsse man als „germanisches Phänomen“ betrachten: Nur so könne er sich erklären, daß sein Unternehmen dauernd zum „politischen Prügelknaben“ gemacht werde. Dabei handle es sich doch „um einen ganz normalen Industrie-Betrieb wie alle anderen auch“.

Stoll träumt, seit 24 Jahren. Damals gründete er die „Alpha-Chemie und -Metallurgie GmbH“ (Alkem), um die Tür aufzustoßen zu einem sagenhaften Reich, einem scheinbar unbegrenzten Reservoir an Energie, das der Menschheit mit jenem Stoff geschenkt wurde, aus dem die Bombe über Nagasaki war: Plutonium.

Das matt glänzende Schwermetall, 1,8mal so schwer wie Blei, galt Tausenden von Physikern und Technikern in aller Welt als der Schlüssel zur Bewältigung aller Energieprobleme.

Plutonium entsteht bei der Spaltung von Atomkernen im Reaktor aus dem zur Energieerzeugung sonst untauglichen Uran-Isotop 238. In Reaktoren vom Typ Schneller Brüter überreichlich produziert, so die Rechnung der Plutonium-Freunde, könnte das Metall die atomaren Brennstoffvorräte mehr als ver Hundertfachen und Strom für Jahrtausende garantieren (siehe Seite 114).

Das war die Vision – und Physiko-Chemiker Stoll war mit dabei. Im Auftrag von Siemens übernahm er erst in Karlsruhe, später im hessischen Hanau den Aufbau jener Fabrik, in welcher der Zauberstoff in fertige Brennelemente für Atomkraftwerke verpackt werden sollte.

Nun, zweieinhalb Jahrzehnte später, versteht der mittlerweile 62jährige „Techniker mit schlichtem Gemüt“ (Stoll über Stoll) die Welt nicht mehr.

Von Umweltschützern als „Plutonium-Mafioso“ beschimpft, von Politikern als Wahlkampf-Objekt mißbraucht, sieht sich Alkem-Manager Stoll nun auch noch von der Justiz verfolgt: In einer 658 Seiten starken Anklageschrift werfen Hanauer Staatsanwälte ihm und seinen Mitstreitern gemeinsamen Verstoß gegen den Paragraphen 327 des Strafgesetzbuches vor: unerlaubter Betrieb einer kerntechnischen Anlage.

Stoll fühlt sich als tragische Figur in einem schlechten Stück: „Wir wollen doch nur Gutes tun, aber die junge Generation versteht das nicht.“

Wie könnte sie auch: Belegt doch gerade die Geschichte der Alkem, daß der industrielle Umgang mit dem gefährlichsten aller Elemente weder technisch noch politisch zu beherrschen ist. Weil Plutonium eben kein Rohstoff ist wie jeder andere, bedienten sich Stoll und seine Mitkämpfer auf ihrem Weg in das erträumte Energie-Paradies zweifelhafter Methoden – und konspirierten dabei mit den Mächtigen der Politik.

Heraus kam eine für die Energiewirtschaft unbedeutende, aber hochgefährliche kleine Fabrik im Hanauer Stadtteil Wolfgang. Alkem ist Ausgangspunkt oder Ziel aller Plutonium-Transporte, die über bundesdeutsche Straßen rollen. In gepanzerten Spezialfahrzeugen mit bewaffneten Mannschaften schaffen sie aus den ausländischen Wiederaufarbeitungsanlagen oder dem Kernforschungszentrum Karlsruhe den heißen Stoff zum mehrere Hektar großen Werksgelände des Hanauer Nuklear-Komplexes.

Dort, zwischen den großen Fertigungshallen der nur mit Uran arbeitenden Atomnachbarn Nukem und RBU, von ihnen abgegrenzt durch meterhohen Stacheldraht und elektronisch gesicherte Stahlgitter-Schleusen, liegt Stolls Reich: ein Fertigungsgebäude, kaum größer als eine Schulsporthalle, und ein daran sich anschließender, fensterloser Bau von der Größe einer Lagerhalle, der „Bunker“.

Hinter dessen Blechverkleidung schützen zwei Meter starke Betonwände den bundesdeutschen Plutonium-Schatz, formal unter Aufsicht der „Physikalisch-Technischen Bundesanstalt“ (PTB). Die tatsächliche Menge des hier gelagerten Plutoniums unterliegt nach wie vor der Geheimhaltung. Unabhängige Experten schätzen sie auf fünf bis sechs Tonnen – ausreichend für mehr als fünfhundert Plutonium-Sprengköpfe.

Jeweils einige hundert Kilogramm Plutonium sind bei Alkem stets unterwegs durch das unübersichtliche Labyrinth der „Caissons“: In zahlreichen Stahl-Containern im Innern der Fertigungshalle sind einige hundert Arbeiter in Schutzanzügen damit beschäftigt, das schwarze Plu-

toniumoxid-Pulver zu fertigen Brennelementen für Atomreaktoren zu verarbeiten – das Plutonium muß chemisch von störenden Zerfallsprodukten getrennt, sodann getrocknet und mit Uranoxid gemischt werden.

Das Herstellen und Brennen von Plutonium-Uran-Tabletten, schließlich das Abfüllen in die über vier Meter langen Rohre aus einer Speziallegierung („Zircaloy“), all das geschieht wie im Science-fiction-Film: hinter den dicken Bleiglas-scheiben der Arbeitskästen, in denen nur mit fest anmontierten, armlangen



Alkem-Manager Stoll
„Wir wollen doch nur Gutes tun“

Handschuhen gearbeitet werden kann. Denn anders als mit Uran kann mit Plutonium nicht offen hantiert werden, die Arbeiter müssen es sich vom Leib halten, schon ein millionstel Gramm des Stoffs – als „heißes Teilchen“ eingeatmet – reicht aus, Lungenkrebs auszulösen.

Häufig, mitunter mehrmals am Tage, schrillen die Alarmsirenen, wenn einer der Kästen undicht wird. Höchste Vorsicht ist stets geboten, niemals darf zu viel von der Brennstoffmasse zusammenkommen. Andernfalls droht „Kritikalität“, eine plötzliche Kettenreaktion von Kernspaltungen, die die Anlage in Brand setzen könnte.

Für den Physiker Stoll und viele Kollegen aus seiner Generation ist das gespenstische Hantieren mit dem Kunst-Element Plutonium die Erfüllung einer Vision – die moderne Variante des Alchimistentraums und des Erfinderwahns vom Perpetuum mobile. Doch das Lebenswerk ist teuer erkaufte.

Für kein bundesdeutsches Atomprojekt gingen Politiker, Beamte und Techniker ein höheres Risiko ein. Nur waghalsige technische und politische Manöver bewahrten es bis jetzt vor der Schließung. Einzigartig in der bundesdeutschen Industriegeschichte sind nach den Ermittlungen der Hanauer Staatsanwaltschaft die Methoden, mit denen Stoll, sein Mitgeschäftsführer, der CDU-Bundestagsabgeordnete Alexander Warwickoff, und Beamte in den Aufsichtsbehörden das Projekt Alkem – am Gesetz vorbei – am Leben hielten:

- ▷ Von 1978 bis 1980 setzten sie den damaligen Innenminister Baum so lange unter Druck, bis er bereit war, ohne Unterrichtung der Öffentlichkeit das Plutonium-Lager in Hanau unter Bundesverwaltung zu stellen.
- ▷ Jahrelang lagerten sie illegal Plutonium in Belgien und riskierten einen internationalen Atomskandal.
- ▷ Weil sie die Kosten weiterer Sicherheitsmaßnahmen scheuten, verschleppten sie zehn Jahre lang das Genehmigungsverfahren, das nach dem geltenden Atomgesetz vorgeschrieben war.
- ▷ Um die drohende Schließung zu vermeiden, übergaben sie kritische Beamte des Bonner Innenministeriums und mißachteten mehrfach Anweisungen des Ministeriums.
- ▷ Ohne, wie gesetzlich vorgeschrieben, die Öffentlichkeit zu informieren, erweiterten sie mit zahlreichen Umbauten die Produktionskapazität; die Öffentlichkeit wurde über die in Wahrheit verarbeiteten Plutonium-Mengen getäuscht.



Plutonium-Bearbeitung bei Alkem: Angst vor „heißen Teilchen“

„Bei Alkem“, sagt ein hessischer Regierungsbeamter, „wurden Dilettantismus und Größenwahn grausam kombiniert.“

Der Weg in den atomrechtlichen Untergrund begann im Jahr 1974. Bis dahin hatte die Alkem allenfalls als größeres Labor gegolten. Während die Schwesergesellschaften Nukem und RBU schon in halbautomatischen Fertigungsstraßen Uran-Brennelemente für Forschungsreaktoren und Atomkraftwerke herstellen, probierten die Alkem-Techniker im Handbetrieb noch die richtigen Werkzeuge aus: Alkem war kaum mehr als ein Pilotprojekt, das in die noch ferne Plutonium-Zukunft wies.

Der Einstieg in die großtechnische Plutonium-Wirtschaft war aber damals für die Atomgemeinde schon beschlossene Sache. 1979, so die Planung, sollte der Schnelle Brüter in Betrieb genommen werden. Die Brennelemente für Kalkar sollten bei Alkem gefertigt werden, aus dem Plutonium, das in französischen und englischen Wiederaufarbeitungsanlagen aus verbrauchten deutschen Uran-Brennstäben herausgelöst wird.

Auf diese Weise, so wurde der Öffentlichkeit weisgemacht, werde auf elegante

Weise auch das Atommüllproblem gelöst. Statt dessen wurde es nur um ein paar Jahrzehnte vertagt: Den tödlich strahlenden Müll aus der Wiederaufarbeitung liefern Franzosen und Engländer eines Tages zurück.

Da, im Oktober 1974, machte der SPD-Abgeordnete Harald Schäfer einen besorgniserregenden Fund: Der Bau und Betrieb von Brennelementfabriken, so entdeckte er, war im Atomgesetz gar nicht geregelt. Solche Fabriken, so auch Alkem, waren auf einfachem Verwaltungsweg genehmigt worden, wie Labors oder harmlose Gewerbebetriebe.

Entsetzt schrieb Schäfer damals:

Ein Ausschluß der Erörterung des größten Gefahrenpotentials von Brennelementfabriken, nämlich der Umgang mit Kernbrennstoffen, kann... der Öffentlichkeit gegenüber nicht verantwortet werden.

Auch den zuständigen Beamten im Bonner Innenministerium war die Sache nicht geheuer. Die Standorte der Brennelementfabriken, notierte der Unterabteilungsleiter für Reaktorsicherheit Josef Pfaffelhuber, „die alle in oder bei Hanau sich befinden“, seien „sicherheitstechnisch, insbesondere wegen der hohen Flugdichte in diesem Raum... und der

dortigen großen Bevölkerungsdichte nicht optimal“. Keine der Hanauer Anlagen, allesamt in der Nähe des Frankfurter Großflughafens und dreier Militärflugplätze der US-Armee, ist gegen Flugzeugabstürze ausgelegt.

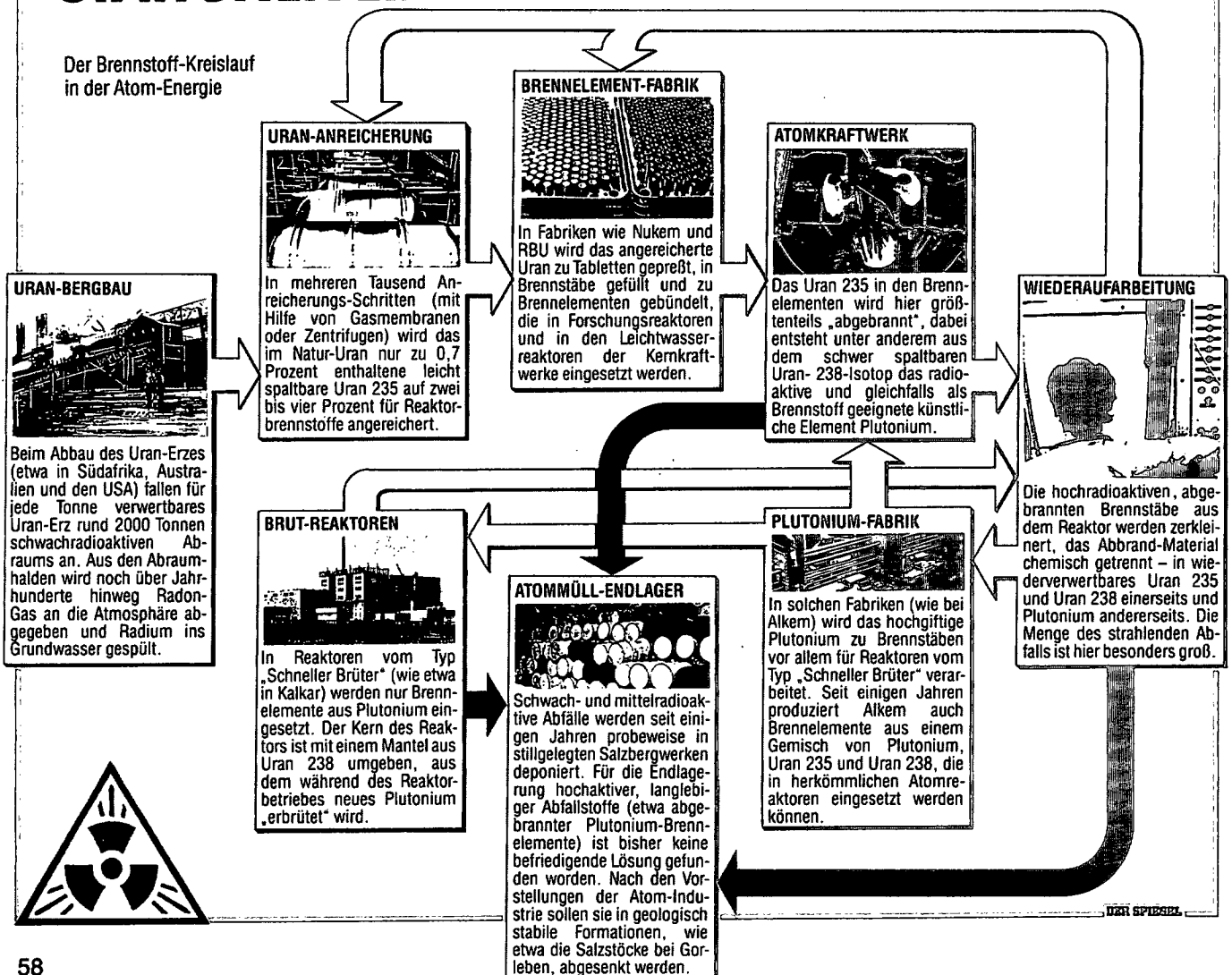
Den Hanauer Atommanagern war gleich klar, was die von Schäfer angestrebte Gesetzesänderung mit sich bringen könnte. „Die Brennelementindustrie befürchtet“, so notierte ein Kollege Pfaffelhubers im Bonner Innenministerium, daß „politisch aufgrund des Widerstandes einer voll aufgeklärten und informierten Öffentlichkeit“ die Erteilung der Genehmigung gänzlich verhindert werden könnte.

Verlässliche Mitstreiter hatten die Hanauer Manager sowohl im Wiesbadener Wirtschaftsministerium, der zuständigen Genehmigungsbehörde, als auch im Bonner Forschungsministerium (BMFT), das damals schon Millionen in das Ziehkind Alkem investiert hatte.

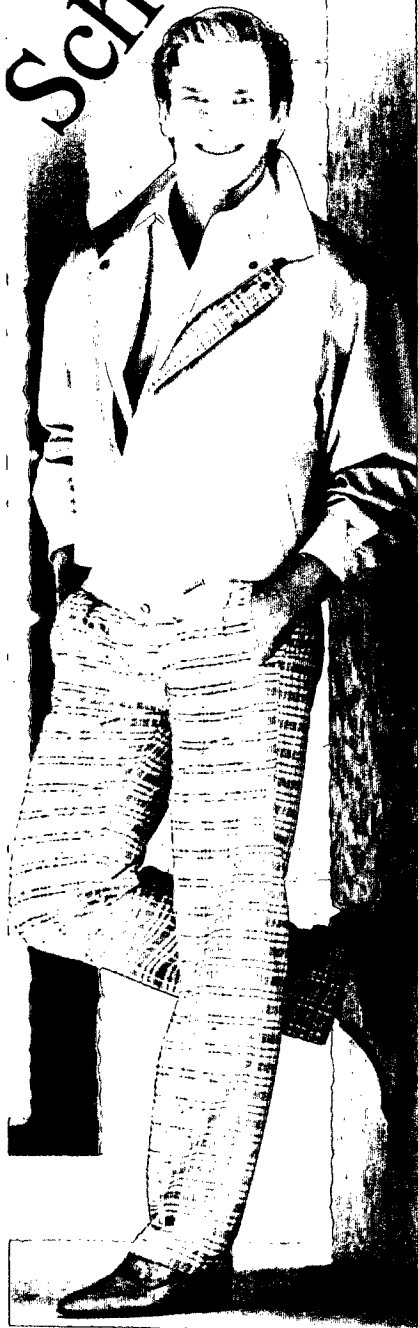
Zusammen mit den Wiesbadener Ministeriumsbeamten Ulrich Thurmman, Hermann Frank und Angelika Hecker und den Fürsprechern beim BMFT dachten sich die Plutonium-Freunde einen Bluff aus, der zehn Jahre lang den Fort-

STATIONEN EINER STRAHLENDEN ZUKUNFT

Der Brennstoff-Kreislauf in der Atom-Energie



Der Unterschied kommt aus Schweden... Hemden · Jacken · Hosen



melka
SWEDISH DESIGN

In guten Fachgeschäften und Fachabteilungen.
Bezugsquellennachweis von: MELKA GMBH,
D-4010 Hilden · Postfach 140 · Tel. 02103/4950

bestand von Alkem sicherte, ohne daß sich die Firma einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren unterziehen mußte: In das von Schäfer angeregte, im März 1975 verabschiedete neue Atomgesetz wurde eine „Übergangsregelung“ eingebaut.

Danach sollten die Firmen ihre „bisherige Tätigkeit“ fortführen dürfen, wenn sie nur innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes einen Antrag auf (Neu-)Genehmigung nach dem strengen Verfahren des Atomgesetzes stellen würden. Der „Übergang“ aber war unbefristet – er konnte sich über Jahre hinziehen.

Der Trick: Die Alkem-Manager Stoll und Warrickoff stellten fristgerecht Antrag, unterließen es aber, die erforderlichen Unterlagen wie Sicherheitsberichte, Bauzeichnungen und Strahlenschutzberechnungen beizufügen.

Das Wiesbadener Beamtentrio spielte die Verzögerungstaktik mit. Mehr noch: Auch notwendige Umbauten und Veränderungen im Hanauer Betriebsablauf wurden gegen ein öffentliches Genehmigungsverfahren abgeschirmt, mit einer kuriosen Konstruktion. Alle von Stoll vorgenommenen Änderungen wurden als „Sicherheitsauflagen“ des Wiesbadener Ministeriums deklariert und damit automatisch genehmigt – Stoll schrieb sich die „Auflagen“ selbst.

Das hatte Ministerialrätin Hecker, wie sie später selbst in einer Aktennotiz festhielt, dem Alkem-Manager Stoll schon „im Herbst 1975 zugesagt“.

Immer besorgter wurden zu jener Zeit, Ende der 70er Jahre, die Anfragen kritischer Bürgerinitiativen. „Wachsende Unruhe und Besorgnis der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet“ notierte im August 1977 Günter Hartkopf, damals Staatssekretär in Baums Innenministerium; es sei erforderlich, „die Bürger umgehend rückhaltlos zu unterrichten“ und die Risiken der Hanauer Plutonium-Fabrik endlich öffentlich zu erörtern.

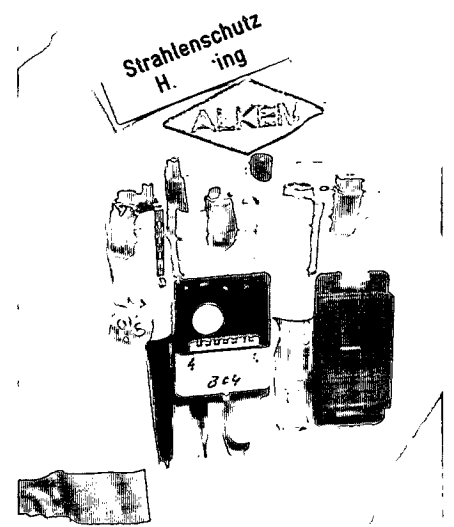
Statt dessen öffneten die Alkem-Manager die Fabriktore für weitere, noch erheblich größere Mengen des gefährlichen Stoffes – und auch das wieder mit der Hilfe ihrer Sympathisanten im hessischen Wirtschafts- und im Bonner Forschungsministerium.

Maximal bis zu 460 Kilogramm Plutonium, so die damals bestehende Genehmigung, durften auf dem Alkem-Gelände gelagert sein. Aber allein für 1978 stand die Lieferung von mindestens 775 Kilogramm Plutonium ins Haus, die von der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague kommen sollten.

Technisch war in Hanau für solche Plutonium-Mengen alles vorbereitet. 19,5 Millionen Mark (85 Prozent der Bausumme) hatte das Bonner Forschungsministerium für den Bau des dickwandigen Bunkers neben der Fertigungshalle springen lassen, Raum genug für die Lagerung von über zehn Tonnen des Bombenstoffs.

Eine schnelle Genehmigung für die erhöhte Plutonium-Lagermenge war rechtlich nicht möglich. Doch wieder waren die hessischen Ministerialbeamten Thurmman und Hecker mit einer Idee zur Stelle: Als „Interimslösung“ könne der Bund die brisanten Lieferungen aus Frankreich pro forma in „staatliche Verwahrung“ nehmen. Die Rechtsgrundlage dafür bietet der Paragraph 5 des Atomgesetzes, der dies für nicht benötigten Kernbrennstoff in Ausnahmefällen vorsieht. Die Aufsicht im Alkem-Bunker sollten Beamte der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt führen.

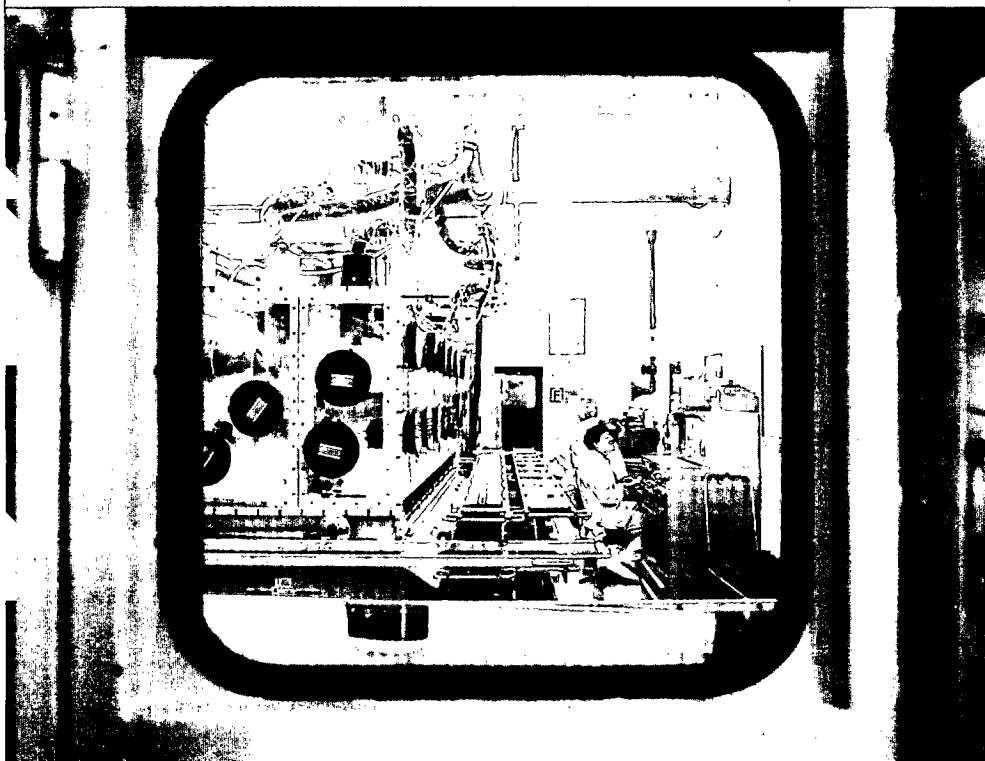
Aber noch bevor diese offensichtliche Verquickung von Staat und Atomwirtschaft Gestalt annahm, schufen die Alkem-Bosse Tatsachen:



Strahlendosimeter eines Technikers*
Täglich schrillen die Alarmsirenen

- ▷ Schon bis zum Oktober 1978 hatten sie – Genehmigung hin, Genehmigung her – mehr als 600 Kilogramm Plutonium in ihrer Fabrik angehäuft, rund 140 Kilogramm mehr als erlaubt.
- ▷ Ein großer Teil der Lieferung von 600 Kilogramm reinen Plutoniumoxids aus Frankreich war unter falscher Deklaration nach Belgien geschmuggelt worden und lagerte dort bei der befreundeten Atomfirma Belgo-Nucléaire in Dessel. Der Firma war die Lagerung derart brisanten Materials verboten. So hieß es im Protokoll einer Krisensitzung von Vertretern der Alkem-Führung und aller beteiligten Ministerien: „Bonn trägt dabei das volle Risiko... Wird die Angelegenheit publik, muß das Plutoniumoxid sofort nach Deutschland übernommen werden.“

* An der Kitteltasche, zur Feststellung der täglichen Belastung mit den verschiedenen Strahlenarten.



Brennelement-Fertigung im „Caisson“: Gespenstisches Hantieren hinter Bleiglas

Zwei Jahre lang suchten Innenminister Baum und seine Alkem-kritischen Beamten gegenzuhalten. „Die heimliche Anhäufung großer Plutonium-Mengen“, so ein Besprechungsvermerk vom März 1978, sei „den Behörden in der Vergangenheit immer wieder zum Vorwurf gemacht“ worden. Die geforderte staatliche Verwahrung sei rechtlich fragwürdig und „politisch unververtretbar. Wir setzen uns dem Vorwurf aus, ein Plutonium-Staat zu sein“.

Doch am Ende blieb wieder der Verein der Plutonium-Freunde siegreich. Um auf Baum Druck auszuüben, ließen sich Beamte des Bundesforschungsministeriums direkt von Alkem munitionieren: Wenn der Trick mit der „staatlichen Verwahrung“ nicht gutgeheißen würde, sei die Entsorgung aller deutschen Atomreaktoren gefährdet, weil die Franzosen die Verträge kündigen würden. „Das bedeutet, daß . . . die deutschen Leichtwasserreaktoren-Kraftwerke in ihrer Gesamtheit ihren Betrieb einstellen müßten . . .“

Doch erst nach einer Sitzung der Energie-Kommission des FDP-Präsidiums im März 1979, unter Druck gesetzt von seinen Parteifreunden, dem damaligen hessischen Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry und dem Bonner Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, gab Baum schließlich nach. Zwar hielt ein ministerieller Vermerk noch fest: „Die staatliche Verwahrung . . . darf nicht zum bequemen Auffanglager für säumig betriebene privatwirtschaftliche Aktivitäten . . . werden.“ Doch genau das wurde es.

Als die Alkem im November 1980 den Bunker in Betrieb nahm, verlor die ur-

sprüngliche Beschränkung ihrer Umgangsmenge für Plutonium auf 460 Kilogramm jede praktische Bedeutung. Sie wurde, wie später ein Gutachter des TÜV Hessen feststellte, „faktisch aufgehoben“. Entsprechend stieg der Durchsatz von Plutonium in den folgenden Jahren auf bis zu zwei Tonnen jährlich.

Baums Idee eines „Bunker-im-Bunker-Modells“, einer strikten Trennung zwischen dem staatlich verwahrten und dem bei Alkem im Betrieb umlaufenden Plutonium, gab es nur auf dem Papier. In der Praxis entstand vor und hinter der Stahltür des Bunkers eine im internationalen Vergleich beispiellos chaotische Situation beim Umgang mit dem politisch wie technisch sensibelsten Stoff, den die Menschheit kennt.

Mehrmals im Monat hantieren Alkem-Arbeiter mit Plutonium, dessen Überwachung eigentlich der Bundesregierung obliegt. Welche Charge gerade dem Staat oder der Firma gehört, bilanziert Alkem selbst. Der anwesende Beamte der PTB quittiert nur die Belege.

Dazwischen stehen Kontrolleure der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Euratom-Organisation, die überwachen sollen, ob es zu unerlaubten Abzweigungen kommt. Zur Zulassung dieser Kontrollen (Safeguards) verpflichtet der Atomwaffensperrvertrag, dem die Bundesrepublik im Jahr 1974 beitrug. Aber trotz erheblichen Drucks durch die US-Regierung kam bis heute kein gültiges Kontrollabkommen mit den internationalen Organisationen zustande, in dem die Überwachungsmodalitäten für den Bundesanteil im Bunker verbindlich festgelegt wären. „Der Bunker in Ha-

Markiert alles Wesentliche

Leuchtend und schnell.
Ergiebig, sauber und
zuverlässig. Mit praktischem Clip.

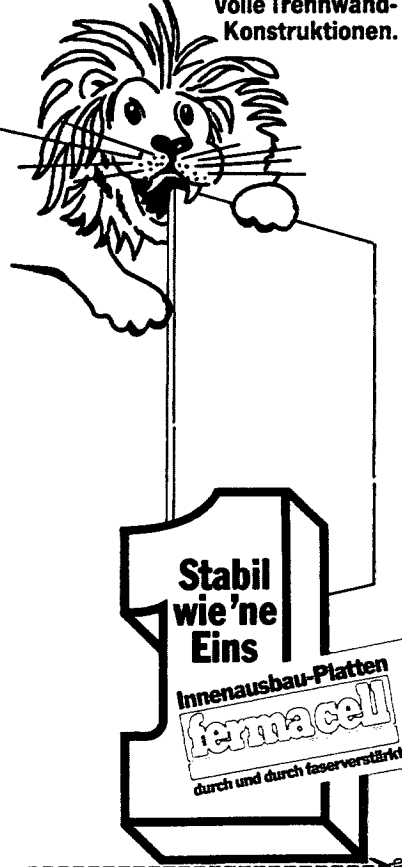
In 6 Farben
erhältlich
bei Ihrem
Fachhändler.



Faber-Castell textliner

Stabilität ist bei Ausbauplatten das Argument Nr. 1

Wer mit der Zeit geht und fortschrittlich ausbauen will, baut mit FERMACELL. Diese stabilen Gipsfaserplatten sind durch und durch faserverstärkt und deshalb universell einsetzbar als Bau-, Feuer- und Feuchtraumplatte. FERMACELL ist z. B. kanten-stabil: schraub- und nagelfest bis 1 cm an den Rand. Optimal für den Dachgeschoß-Ausbau oder für anspruchsvolle Trennwand-Konstruktionen.



Wenn Sie Ihr Haus ausbauen wollen oder neue Hochbau-Objekte ausführen, fordern Sie bitte an:

- ☐ die FERMACELL-Heimwerker-Fibel
- ☐ die FERMACELL-Objekt-Information für Architekten

FELS-WERKE
Peine-Salzgitter GmbH
Postfach 14 60 · 3380 Goslar 1



FH 18/86 SP 5

nau“, sagt der amerikanische Safeguard-Experte David Albright, „ist der sensibelste Punkt der ganzen westdeutschen Atomwirtschaft.“

Die Fertigungshalle, die nebenan steht, kaum minder: Sie ist, gemessen am bundesdeutschen Sicherheitsstandard, die gefährlichste Atomanlage der Republik. Ganze 0,8 Millimeter Aluminium, die Außenverkleidung der Leichtbauhalle, trennen dort die verletzlichen Produktionsanlagen von der Umwelt. Ein Flugzeugabsturz oder auch ein Bombenanschlag auf die Halle hätten katastrophale Folgen für die Hanauer Bevölkerung.

Bis zu 10 000 Menschen, rechneten Gutachter der Gesellschaft für Reaktorsicherheit schon 1979 aus, würden dabei einer Strahlendosis von 360 rem ausgesetzt, 4000mal mehr, als im Rahmen des Normalbetriebs erlaubt ist. Für einen großen Teil der Verstrahlten wäre diese Dosis tödlich. Einige hunderttausend Anwohner müßten mit Spätschäden rechnen.

Insofern, stellten die Gutachter im August 1979 bei einer Besprechung in Wiesbaden klar, wäre ein „Flugzeugabsturz auf die Alkem mit dem auf den Reaktor Biblis A vergleichbar“. Das Protokoll hielt fest, daß zwar „der Schadensumfang im Falle Alkem kleiner ist, jedoch die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten ... entsprechend höher“ – vor allem wegen der stark frequentierten umliegenden Flugplätze.

Mit beachtlicher Standfestigkeit – aber auch ohne je an die Öffentlichkeit zu gehen – suchten Beamte des Baumschen Innenministeriums in den Jahren 1978 bis 1982 immer wieder den fahrlässigen Umgang mit Plutonium in der ungeschützten Fertigungshalle zu stoppen. Atomrechtler Pfaffelhuber, im Baum-Ministerium zuständig für Reaktorsicherheit, und seine Kollegen Klaus Gast und Karl-Heinz Berg wurden nicht müde, warnende Vorlagen zu formulieren und auf eine – zumindest zeitweilige – Stilllegung des Hanauer Betriebes hinzuwirken:

- ▷ Pfaffelhuber, im November 1978: Er warne davor, „die Zügel noch länger schleifen zu lassen. Jeder könnte Alkem gerichtlich stilllegen lassen“. Allenfalls noch bis zur Jahresmitte 1979 sei die Plutonium-Hantierung außerhalb des Bunkers hinzunehmen: „Am 30. Juni fällt die Guillotine.“
- ▷ Gast an Staatssekretär Hartkopf im Frühjahr 1979: Die Alkem-Manager glaubten, „sich dem in der Bundesrepublik anerkannt hohen Sicherheitsniveau entziehen zu können ... Sie nutzen die Rechtslage, die ihnen den Weiterbetrieb ihrer Fabriken während des laufenden Genehmigungsverfahrens erlaubt, schamlos aus“.
- ▷ Pfaffelhuber, Oktober 1979: „Die Verarbeitung von Plutonium im 100-kg-Bereich außerhalb einer ... ge-



Atomrechtler Pfaffelhuber
„Zustände nicht zu verantworten“

schützten Anlage kann ich nicht verantworten.“

- ▷ Referent Berg, Februar 1980: Dem „Sicherheitsminister (Innenminister Baum, die Red.) wird ... keine andere Wahl bleiben, als ... auf den Widerruf der derzeit noch gültigen Genehmigung ... hinzuwirken“.
- ▷ Pfaffelhuber, Juni 1981: „Ich habe Bedenken, nochmals 440 Kilogramm Plutonium in den Baracken der Alkem verarbeiten zu lassen.“ Die verarbeiteten Mengen wiederum zu erhöhen, wäre „ein Mißbrauch der staatlichen Verwahrung und könnte Herrn Minister in der Öffentlichkeit größte Vorwürfe einbringen“.
- ▷ Pfaffelhuber, Herbst 1981: Der Minister möge „unverzüglich anweisen, alles Plutonium bei der Alkem in den Bunker schaffen zu lassen und die Verarbeitung außerhalb des Bunkers



Wirtschaftsminister Steger
Den Dschungel nachträglich legalisieren?

einzustellen, bis ordnungsgemäße und ... genehmigte Anlagen vorhanden sind“. Und weiter: „Ich kann das Belassen des jetzigen Zustands nicht mehr länger verantworten. Herrn Minister bitte ich um Billigung dieses Vorgehens.“

Gleichzeitig beurteilte auch der Strahlenschutzexperte des Ministeriums, Professor Gottfried Hösel, noch einmal die Gefahren eines möglichen Flugzeugabsturzes dramatisch: „Die Folgen eines derartigen Unfalls gehören zweifellos zu den Horrordimensionen.“ Der Betrieb der Alkem sei „ohne Verzug so lange zu unterbinden, bis ausreichend technische Vorsorge ... getroffen ist“. Anmerkung von Staatssekretär Hartkopf am 29. Oktober 1981, sechs Jahre nach Beginn der Alkem-Affäre: „Wann wird der Betrieb endlich eingestellt?“

Die Frage ist immer noch aktuell. Denn trotz aller Sicherheitsbedenken, trotz der ernsthaften

Stilllegungsabsichten der wichtigsten für die atomare Sicherheit zuständigen Beamten der Republik setzten sich die Alkem-Freunde ein weiteres Mal durch:

Im Herbst 1981 beschloß das „Nuklearkabinett“, die Versammlung aller mit Atomfragen befaßten Ministerien, in Sachen Alkem keine „präjudizierenden Entscheidungen“ zu treffen – es blieb bei dem bewährten Schlendrian.

Nach und nach fielen auch die vordem besorgten Bonner Kontrolleure um, mit Ausnahme des Ministerialdirigenten Pfaffelhuber – er blieb bei seiner „unerschütterlichen Überzeugung“. Noch einmal, im Mai 1982, beschwor er in einer Vorlage für Baum

die Gefahr, daß ein Kilogramm Plutonium (= ein Prozent der 200 Kilogramm, die ohne Schutz verarbeitet werden) ... bei einem Sabotageakt oder einem Terrorangriff in die Umgebung gelangt, daß dann die Umgebungsbevölkerung eine Lungendosis von mehreren hundert rem erhalten kann und unter Umständen die Stadt Hanau und weitere Orte ... geräumt werden müssen ...

Volle acht Jahre ließen, unbeschadet all dieser Einwände und Auseinandersetzungen, die Alkem-Manager Stoll und Warrikoff verstreichen, ehe sie, im Januar 1984, endlich dem Gesetz Genüge taten und einen vollständigen Genehmigungsantrag für ihre Fabrik einbrachten.

Damit begann ein neues Kapitel im Streit um die Plutonium-Fabrik: In dem Moment, da die Unterlagen öffentlich ausgelegt wurden, erkannten die Kritiker, daß die darin beschriebene Anlage

mit dem ursprünglichen Betrieb, um dessen Genehmigung nachgesucht wurde, nur mehr wenig gemein hatte. Insgesamt 28 Veränderungen der Anlage waren in der Zwischenzeit, unter dem Schutzmantel der „Übergangsregelung“, vorgenommen worden, die allesamt einem öffentlichen Genehmigungsverfahren hätten unterzogen werden müssen.

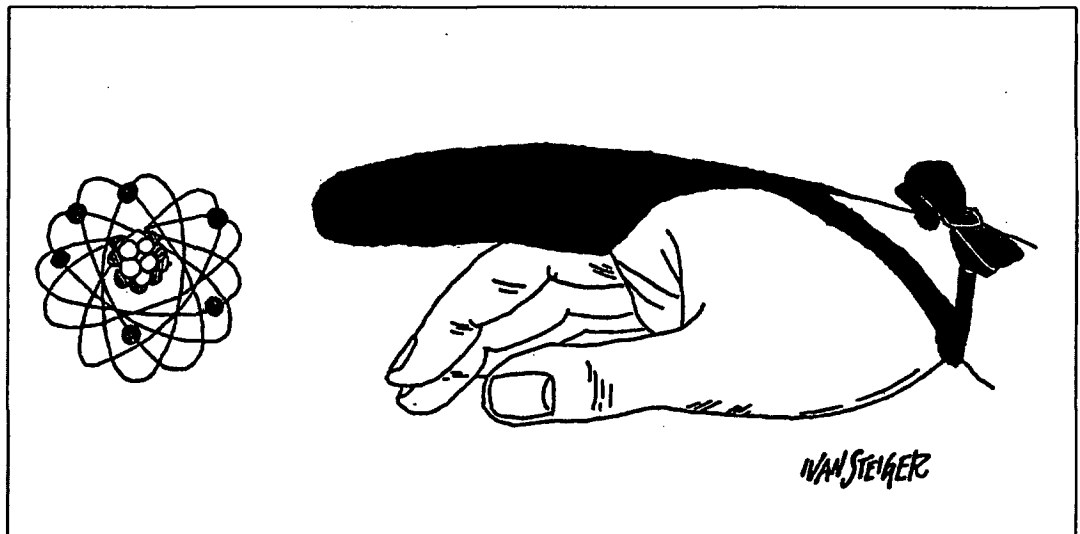
Die Kritiker erstatteten Strafanzeige gegen die Alkem-Geschäftsführung.

Zwei Jahre ermittelten Hanauer Staatsanwälte in den Niederungen der bundesdeutschen Plutonium-Politik, durchsuchten die Büros von Alkem und die allzu kooperativen Ministeriumsabteilungen in Bonn und Wiesbaden. Mehr als 2000 Aktenordner wurden beschlagnahmt. Im Oktober letzten Jahres präsentierte die Staatsanwälte ihre Anklageschrift gegen Stoll, Warrikoff und die drei Wiesbadener Beamten Thurmann, Frank und Hecker.

trächlich legalisiert werden. Daß Steger dabei die Menge des für Alkem jeweils verfügbaren Plutoniums auf „nur“ 460 Kilogramm beschränken wollte, war bloße Augenwischerei: Mit Hilfe des bundeseigenen Plutoniums im Bunker hatte Alkem-Chef Stoll bei eben dieser Mengenbeschränkung jahrelang unbeschränkt produzieren können.

Unsinnig war auch die von Steger verkündete Befristung der Genehmigung auf höchstens zehn Jahre. Ein solche ist nach dem Atomrecht gar nicht möglich.

Doch zur Irreführung der Öffentlichkeit war das Manöver allemal gut genug. Zudem hatten Stegers Beamte die Zahlenspielererei offensichtlich mit ihren Kollegen bei Bundesatomminister Wallmann abgesprochen. Dem war sie willkommene Gelegenheit, sich als Retter der 500 Plutonium-Arbeitsplätze in Hanau zu präsentieren, indem er versprach, die – nach Lage der Dinge gänzlich



Frankfurter Allgemeine Zeitung

Noch ist nicht entschieden, ob die Richter des Landgerichts Hanau die Anklage zulassen. Wenn überhaupt Verstöße vorliegen, so argumentieren die Anwälte der Angeklagten, dann solche gegen das Verwaltungsrecht, nicht gegen das Strafrecht. Zuständig wären dann die Verwaltungsgerichte.

Doch nach welchem Recht auch immer – vor den Gerichten spätestens wird sich herausstellen, von welcher Absurdität die Ereignisse waren, die den Hessen das Ende der rot-grünen Koalition und die dritte Wahl in viereinhalb Jahren bescherten. Denn die im Januar von Ulrich Steger – Nachfolger von Karry und Klaus-Jürgen Hoffie im Amt des hessischen Wirtschaftsministers – angekündigte, vorgeblich eingeschränkte Genehmigung für Stolls Plutonium-Reich war lediglich ein letzter Versuch, sein Ministerium und die angeklagten Beamten aus der Schußlinie der Staatsanwaltschaft herauszubringen.

Mit zwölfjähriger Verspätung sollte der Hanauer Plutonium-Dschungel nach-

unwichtige – „Umgangsmenge“ per Bundesanweisung auf 2,5 Tonnen erhöhen zu lassen.

Während Hessens Wähler mit dem Gefühl an die Urne gehen, für oder gegen die Plutonium-Wirtschaft entscheiden zu können, macht sich Alkem-Manager Wolfgang Stoll wenig Sorgen.

Eine sofortige Stilllegung des Betriebes hält er für nicht durchsetzbar. Möglich, daß ein Verwaltungsgericht eines Tages den Betrieb wegen seiner schlechten Lage inmitten des Rhein-Main-Ballungsgebietes schließen läßt. „Doch bis zur letzten Instanz“, hofft Stoll, „wird das bestimmt zehn Jahre dauern.“

Dann aber hat, wenn kein Machtwechsel in Bonn dazwischenkommt, die Plutonium-Wirtschaft in Deutschland schon eine neue Heimat. 1997 soll die Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf fertig sein.

Direkt daneben ist eine große neue Fabrik für Plutonium-Brennelemente beantragt. Das Genehmigungsverfahren läuft. ♦